

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	31. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	15. November 2016, 09:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Antrag Nr. 7 (S. 6): Beamtenrechtliche Beförderungen (Die Linke)

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Die Beförderung der Beamten zu verschieben bzw. auszusetzen, bedeutet letztlich eine Gehaltskürzung. Es ist auch keine Motivation. Die Stadtverwaltung sucht ja händeringend gutes Fachpersonal. Es fördert also nicht, dieses zu finden. Gleichzeitig wissen wir, dass die Bevölkerungszahl in Karlsruhe wächst, d. h., die Anforderungen an eine effiziente Stadtverwaltung wächst; es werden mehr Menschen gebraucht.

All das dient nicht dazu, diese Fragen zu beantworten. Wir sind gegen die Verschiebung der Beförderungen, und deshalb dieser Antrag für den heutigen Tag.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Die Antwort der Verwaltung ruft es uns noch einmal in Erinnerung: Wir haben am 26. April mit Mehrheit beschlossen, dass wir die Beförderung der Beamten moderat verschieben wollen. Die Antragsteller begehren nun im Grunde, dass dieser Beschluss aufgehoben wird.

Zum Inhalt – ich will es einmal so formulieren: Wir erbitten von dieser Personengruppe einen solidarischen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. In mehreren persönlichen Gesprächen, die ich mit Vertretern dieser Personengruppe geführt habe, konnte ich ein gewisses Verständnis für diesen Beschluss erfahren, freilich keine Zustimmung. Aus dem Personalausschuss wissen wir, dass die Einigung gerade ihren rechtlich vorgeschriebenen Gang nimmt. Ich habe aber ein gewisses Verständnis erfahren, wenn auch keine Zustimmung.

Von einer Bestrafung der Mitarbeiter für die Haushaltsprobleme zu reden, wie es die Antragsteller tun, würde ich absehen. Das halte ich nachgerade für absurd. Das ist nicht der Fall. Wir erwarten einen solidarischen Beitrag und bekommen dafür ein gewisses Verständnis, wenn auch keine Zustimmung. Ginge es nach den Antragstellern – man kann ja das zurückliegende Abstimmungsverhalten und die Anträge beobachten und das künftige daraufhin im Blick haben –, wären die Haushaltsprobleme noch sehr, sehr viel größer. Insofern lehnt die CDU diesen Antrag ab.

Stadträtin Fischer (SPD): Der Kollege Dr. Käuflein hat es richtig gesagt: Derzeit sind wir im Schlichtungsverfahren. Deshalb können wir jetzt nicht einfach aussteigen. Wir als SPD-Fraktion haben unserem Vertreter im Schlichtungsverfahren ein paar Vorschläge gemacht, wie man hier verhandeln könnte, weil wir die durchaus berechtigten Interessen der Beamtenschaft sehen. Aber derzeit besteht für den Gemeinderat kein Handlungsbedarf. Es gilt, das Schlichtungsverfahren abzuwarten.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Auch wir sehen, dass das Schlichtungsverfahren im Gang ist. Man wartet ab, was dabei herauskommt, denn es gibt Vorschläge, die der Personalrat gemacht hat. Der Personalrat zeigt sich offen, da noch etwas zu bewegen.

Ich rufe auch noch einmal in Erinnerung, warum wir uns überhaupt auf so eine Maßnahme verständigt haben: Wenn wir an irgendeiner Stelle Geld beim Personal sparen, dann schlägt das voll aufs Personal durch. An dieser Stelle aber gibt es dadurch, dass wir bei der Zahlung in die Pensionskasse mehr sparen als die eigentliche Zeit, um die dieser Beförderung verschoben wird, eine Hebelwirkung. Das heißt, im Vergleich zu jeder anderen Maßnahme, die im Personalbereich stattfinden würde, wird hier der Sparanteil verstärkt, so dass wir beim Personal, um das Gleiche zu erreichen, weniger einsparen müssen. Das macht aus unserer Sicht die Verträglichkeit aus. Dennoch sehen wir natürlich, dass es einen Schlichterspruch geben wird, dass es Vorschläge von der einen wie auch von der anderen Seite gibt. Auf dieser Basis müssen wir weiterverhandeln.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen.

Mir ist wichtig, dass eine Aussage wie „Wir setzen Beförderungen aus“ nicht zutrifft, sondern die Beförderungen werden um Monate verschoben – bis zu einem bestimmten Zeitpunkt im Jahr, an dem dann alle Beförderungen, die aufgelaufen sind, umgesetzt werden. Ich habe auch mit Vertreterinnen und Vertretern vor allem junger Beamtinnen und Beamten gesprochen, die auf einige andere wichtige Punkte hingewiesen haben. Aus ihrer Sicht sei das sehr konservative Beförderungsverhalten mit den sehr langen Wartezeiten, bis man eine entsprechende Beförderung bekommt, möglicherweise das größere Problem für die Stadt Karlsruhe als attraktive Arbeitgeberin. Aber an diesen Punkten hat sich die Situation zwar schon deutlich verbessert, aber da gibt es sicher noch das eine oder andere zu verbessern.

Ich will damit nur deutlich machen, dass wir alle gemeinsam das Ziel haben, keine Regelung zu finden, die die Attraktivität der Arbeitgeberin Stadt Karlsruhe insgesamt zu schädigen, sondern uns Gedanken machen müssen, wie wir sie verbessern. Mit dieser Maßnahme, die Beförderungen nur einmal im Jahr zu einem festen Termin durchzuführen, übernehmen wir eine Regelung, wie sie in anderen Städten schon üblich ist. In Abwägung der verschiedenen Stellschrauben, um attraktiv zu bleiben und ggf. noch attraktiver zu werden, sehe ich an anderer Stelle mehr Potenzial, um zu entsprechenden Lösungen zu kommen. Aber jetzt warten wir erst einmal den Schlichterspruch ab, und dann diskutieren wir das Thema weiter.

Ich rufe den Antrag zur Abstimmung auf und bitte um das Kartenzeichen. – Wir haben 3 befürwortende Stimmen und mehrheitlich **ablehnende** Voten.

(...)